

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — **Postfach Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 18/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonellseite oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M., Nekrolog-Kolonellseite 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Heute 1/25 Uhr Massendemonstration gegen Neutralitätsbruch! An das deutsche Proletariat!

Die Internationale der Reformsozialisten.

Arbeiter, Sozialisten!
Von Tag zu Tag mehren sich die Gerüchte, daß Entente-Truppen am Rhein zusammengezogen, daß dort Kriegsmaterial und Lebensmittel angehäuft werden, die dazu bestimmt sind, in dem durch Schuld der polnischen Regierung entfesselten polnisch-russischen Krieg die Polen gegen die roten Armeen zu unterstützen.

Erzwingt die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland Kriegs-schauplatz wird. Die deutsche Arbeiterklasse muß dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, den Versuchen der Ententemächte, Truppen, Kriegsmaterial und Munition zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr erkannt und die größte Wachsamkeit gezeigt. Sie dürfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher sein. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sind und sie befüllen.

Haltet Euch bereit!
Noch die internationale Solidarität des Proletariats!
Berlin, den 7. August 1920.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Die zweite Internationale ist tot — das war die Auffassung weiter Kreise des revolutionären Proletariats nach dem ruhmlosen Zusammenbruch der ersten Internationale im Weltkrieg. Die weitere Entwicklung hat indes bewiesen, daß diese Annahme den Gesetzmäßigkeiten voraussetzte. Es gibt immer noch große und einflussreiche Gruppen der westeuropäischen sozialistischen Arbeiterschaft, die heute noch glauben, die zweite Internationale zu einem brauchbaren Instrument für die Befreiung des internationalen Proletariats umgestalten zu können. Den reformsozialistischen Führern dieser Parteien ist es mit großer Mühe auch gelungen, die alte internationale Organisation noch einmal zusammenzufügen. Freilich sind die entstandenen Räden groß, die Risse aber nur schlecht verklebt und der ganze Organismus ist ein krankes und sicher nur kurzlebiges Gebilde. Die künstlich wieder belebte zweite Internationale wird nie und nimmer mehr die kraftvolle und organisationsfähige Kampforganisation werden, deren die internationale Arbeiterschaft zur erfolgreichen Durchführung ihres Befreiungskampfes bedarf. Das haben die letzten zu Ende geführten Verhandlungen des Kongresses in Genf und seine Beschlüsse mit aller Deutlichkeit bewiesen.

In einem Begrüßungsartikel zum Genfer Kongress hatte der Vorwärts zwar behauptet, daß ein großer Teil des Weltproletariats hoffnungsvoll nach Genf blicke, weil der Genfer Kongress „ein Kristallisationspunkt für die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen der ganzen Welt“ darstelle. Daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entsprach, ergab sich schon auf der Zusammensetzung der Tagung der Kampfinternationale. In Genf versammelten sich nur die Vertreter der englischen Arbeiterpartei, der Rechtssozialisten Deutschlands, der belgischen Sozialisten und einiger sozialistischen Parteien der neutralen Länder. Dazu einige sozialistische Renegaten aus Italien und Frankreich, die für die Arbeiterbewegung dieser Länder keine Bedeutung haben. Besonders kompromittierend für die zweite Internationale ist die Zulassung der französischen Delegation. Die Anbricq, Grenier usw. übertriffen an Nationalismus selbst manche bürgerliche Elemente. Sie haben die Kriegskredite noch nach dem Waffenstillstand bewilligt, sie haben den Versailles-Gewaltfrieden als noch zu gelinde bezeichnet. Die sozialistische Partei Frankreichs hat sie schimpflich ausgeschlossen, worauf sie von den bürgerlichen Parteien in die Kammer gebracht wurden. Sie sind würdige Gesellschaft für die Noske, Heilmann usw. Die revolutionären Sozialisten Deutschlands, die sozialistischen Parteien Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Oesterreichs und vor allem Rußlands waren nicht vertreten. Für sie alle ist die Internationale der Nationalsozialisten erledigt. Aber auch die Arbeiter, die in den auf dem Genfer Kongress vereinigten sozialistischen Parteien organisiert sind, dürften mit dem Ergebnis des Kongresses kaum zufrieden sein. Genf wird den wirklich noch hoffnungsvollen vielmehr eine große Enttäuschung bereitet haben.

Enttäuscht werden vor allem die Rechtssozialisten Deutschlands sein, deren Organisation nach dem Vorwärts einen der beiden Pfeiler der internationalen politischen Arbeiterbewegung bilden. Den deutschen Rechtssozialisten geht es genau so wie dem bürgerlichen Durchschnittsdeutschen. Sie sind auch heute noch nicht zu einer nüchternen Erkenntnis der historischen Tatsachen und zu einer objektiven Würdigung der schmachvollen Rolle gekommen, die die Deutschen im allgemeinen und die deutschen Rechtssozialisten im besonderen während des Krieges gespielt haben. Bereits vor dem Luzerner Kongress schrieb Stampfer im Vorwärts, daß sich die Ententesozialisten und die deutschen Mehrheitsler nichts vorzuwerfen hätten, sie seien quitt. Schon Luzern hat dem Rechtsler gezeigt, daß sie sich irren; aber gelernt haben sie nichts. Ausgerüstet mit einer Denkschrift ihres Parteivorstandes über die Kriegsschuld zogen sie nach Genf. In der Denkschrift erkannten sie zwar einen Teil ihrer Sünden an, versuchten aber im übrigen, ihre Kriegs- und Durchhaltepolitik zu rechtfertigen. Nachdrücklich betonten sie, daß der rechtssozialistischen Partei „die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Verhältnisse selbst vorgeschrieben waren“, daß sie sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen könnten, „daß sie nach Kräften bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern“. Zu diesem Versuch einer Rechtfertigung der rechtssozialistischen Kriegspolitik erkennt man so recht die ganze Unfähigkeit der Scheitelmänner, die Kriegsprobleme vom grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt aus zu erfassen. Es ist deshalb leicht begreiflich, daß die deutschen Rechtssozialisten mit ihrem Rechtfertigungsversuch

Abstand vom Durchmarsch?
Berlin, 9. August (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In den verantwortlichen politischen Kreisen ist man der Überzeugung, daß der Gedanke eines Durchmarschs französischer Truppen durch Deutschland von der Entente ausgeht, vor allem deshalb, weil man den Widerstand der deutschen Arbeiterschaft fürchtet. Dann aber anscheinend auch unter englischem Druck.

Die Meldung entbindet die Arbeiterschaft natürlich nicht von der Pflicht höchster Wachsamkeit und Tatbereitschaft. Wenn die Staatsmänner Frankreichs von dem Vian absteigen, so sicherlich nur so lange, als sie dem Widerstand der deutschen Arbeiter rechnen müssen.

Berlin, 8. August. Halbamtlich wird durch Wolffs Bureau verbreitet: Zu der von der Korrespondenz Dena ohne tatsächliche Unterlagen verbreiteten Nachricht über Durchmarschpläne der Entente nimmt jetzt auch die französische Presse Stellung. Der Temps schreibt: „Die Militärs haben niemals und in keiner Form Deutschland die Absicht kundgegeben, durch deutsches Gebiet Truppen hindurchzuführen, die bestimmt wären, an der polnischen Front zu kämpfen.“ Diese Mitteilung des Temps entspricht durchaus den Tatsachen. Das Pariser Blatt weist seinerseits darauf hin, daß die Entente eine Note an die deutsche Regierung richten wolle, die über deutsche Einmischung in den regelmäßigen Zugverkehr nach dem Abkommensgebiet Beschwerde führt. Diese Note ist inzwischen in Berlin eingegangen. Sie verweist auf mehrere Fälle von Durchsuchungen regelmäßiger Ententezüge nach Oberschlesien und macht darauf aufmerksam, daß eine Wiederholung solcher Fälle die regelmäßige Verbindung der Truppen und der hohen Kommandos in Oberschlesien gefährden würde. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf den unerlaubten Charakter solcher Vorgänge und auf die Notwendigkeit, geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu ergreifen.

Die deutsche Bevölkerung muß sich bewußt sein, daß bei der berechtigten Sorge um unsere Neutralität alle Schritte verstanden werden müssen, die unsere Neutralität gefährden könnten. Vor unüberlegten Eigenmächtigkeiten, die geeignet sind, Zwischenfälle herbeizuführen, wird daher auf das dringendste gewarnt.

Vor dem russischen Einmarsch in den Korridor
Berlin, 9. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Montagepost meldet aus Marientwerder: Nachdem in Thoratzen russische Kavalleriepatrouillen eingetroffen

sind, scheinen die Polen mit dem russischen Einmarsch in das abgetretene deutsche Gebiet zu rechnen. In einem halben Tagesmarsch ist Napierken, die östlichste Station des polnischen Korridors, zu erreichen. Hier beginnen die Polen Schützenpatrouillen auszuwerfen. Napierken ist von Soldau, das die polnischen Behörden räumen, und somit von der Bahn Warschau—Mlawka—Danzig nur 15 Kilometer entfernt. An der deutschen Grenze selbst, an der die Russen sich nach Möglichkeit in der 5-Kilometer-Zone fernhalten, sind neue Grenzüberwachungsstellungen nicht vorgekommen. Die bolschewistische Kriegsführung läßt sich nach Ansicht des Korrespondenten mehr in einzelne Gruppenkämpfe auf, die sich an die Bahnlinien und Hauptstraßen anschließen, mit Hilfe der ausgezeichneten Kavallerie keine Umgehungen durchführen oder auf wenigen Druckpunkten die schwache polnische Front zerstoßen.

Nach ein Protest englischer Arbeiter gegen kontrerevolutionären Krieg.

Berlin, 9. August. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Lokal-Anzeiger meldet aus Rotterdam: Die Londoner Abteilung der Britischen Arbeiterpartei veröffentlichte gestern ein dringendes und wichtiges Schreiben, durch welches die angeschlossenen Arbeiterverbände aufgefordert werden, ihre Stimme gegen den Krieg mit Rußland hören zu lassen. Es sei insbesondere die Pflicht der Londoner Arbeiter, der Regierung klarzumachen, daß es sehr unangenehm für sie werden könnte, wenn der ungesunde Militarismus und Antisozialismus Churchills die Oberhand behalten würde. Die Arbeiter werden deshalb aufgefordert, Resolutionen an den Premierminister, die Parlamentsmitglieder und die Presse zu senden. Besonders sollen sie wissen lassen, daß die Arbeiterschaft nicht in den Verdacht kommen will, einen neuen Krieg mitzumachen, sondern daß sie den schändlichen Fehlern der auswärtigen Politik feindlich gegenübersteht.

Englische Kriegsschiffe gegen Rußland.

Kopenhagen, 9. August. (TL.) Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden zwei Geschwader der englischen Flotte im Kattegat mit dem Kurs nach Osten gesichtet. Das Ziel ist angeblich Neval.

Bevorstehende Verhaftung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest, 9. August. (TL.) Der Immunitätsausschuß der Nationalversammlung hat mit Stimmenmehrheit dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft stattgegeben, die Immunität des gewesenen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich wegen des dringenden Verdachts der Anstiftung zur Ermordung des Grafen Tisza aufzuheben.